

GRÜNE wollen Vorsorge gegen mögliche Gesundheitsgefährdung durch Mobilfunkanlagen verstärken

Zur aktuellen Diskussion über eine mögliche Gesundheitsgefährdung durch Sendeanlagen für den Mobilfunk erklärt die medienpolitische Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, **Irene Fröhlich**:

Die Zweifel an der Unbedenklichkeit von Mobilfunkanlagen nehmen in der Bevölkerung und in der Wissenschaft immer mehr zu.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nehmen diese Sorgen der Menschen sehr ernst. Deshalb bereiten wir zur Zeit einen Antrag für den Landtag vor, durch den wir einen nach heutigem Kenntnisstand ausreichenden Gesundheitsschutz sicherstellen wollen. Dazu gehören auf Landesebene

- die Genehmigungspflicht für Mobilfunksender,
- die Ausweisung von Schutzgebieten im Bereich von Krankenhäusern, Schulen, Kindergärten und geschlossenen Wohngebieten,
- verstärkte Forschungsanstrengungen von Bund und Land

und auf Bundesebene

- die Herabsetzung der Grenzwerte für Sendeanlagen und die Kennzeichnungspflicht der Strahlenbelastungen von Handys.

Grund für diese Vorsichtsmaßnahmen sind Hinweise über Gesundheitsgefährdungen, die von Schlafstörungen, Störungen des Hormonhaushaltes bis hin zu krebsfördernden Wirkungen bei Menschen sowie Missbildungen bei Tieren reichen. Gerade Kinder und Jugendliche

sind demnach besonders stark gefährdet, denn bei ihnen ist die Entwicklung des Nervensystems noch nicht abgeschlossen, die Aufnahme von Strahlung ins Körpergewebe ist erhöht.

Über 34 000 Mobilfunkanlagen stehen bereits in Deutschland, um u.a. den 48 Millionen Handys eine optimale Funkabdeckung zu gewährleisten. Heute ist hierzulande fast jede/r Zweite per Handy erreichbar. Die Vergabe der UMTS-Lizenzen erfordert bis 2002 weitere 60.000 Mobilfunksender.

Angesichts dieser Entwicklungsprognose müssen wir jetzt die Rahmenbedingungen so festlegen, dass die mögliche Belastung der Bevölkerung, insbesondere die Gefährdung von Kindern und Jugendlichen, ausreichend und angemessen berücksichtigt wird.
